



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungswirtschaft.

NATIONALSTAAT VS. GLOBALISIERUNG

Zerreißt uns die Globalisierung?

Die Globalisierung bringt die Nationalstaaten in eine ungemütliche Sandwichposition. Für die großen Zukunftsfragen der Menschheit sind sie zu klein, für die großen Sorgen der kleinen Leute sind sie zu groß. Klimaveränderung, Erderwärmung, steigende Meeresspiegel, aber auch Bevölkerungswachstum, Massenmigration oder die Fragen des friedlichen Neben- und Miteinanders machen weder an nationalen Grenzen Halt, noch lassen sie sich von einem Land allein beeinflussen. Sie fordern weltweit alle gleichermaßen heraus. Während aber die Ursachen weit weg liegen, bleiben die konkreten Wirkungen sehr lokal.

Die Folgen der Globalisierung zeigen sich vor der eigenen Haustür, auf dem lokalen Arbeitsmarkt, bei der heimischen Umweltqualität, bei der Sauberkeit von Luft und Wasser oder bei der Lebensqualität und der Kriminalstatistik am Wohnort.

Für die globale Ursachenbehebung sind Nationalstaaten zu klein. Das Klima lässt sich nicht durch nationale Regierungen anordnen. Für die Problembewältigung sind Nationalstaaten zu groß. Emotionale Betroffenheit, menschliche Sorgen und berufliche Zukunftsängste benötigen das Vertrauen kleiner Therapiegruppen und nicht standardisierte Ratschläge anonymer Bundesministerien.

Die Globalisierung hat nationale Märkte dem internationalen Wettbewerb geöffnet. Ausländische Investoren beteiligen sich an europäischen Firmen. Sie begnügen sich immer weniger mit einer stillen Teil-

habe. Die Eigenkapitalbeteiligungsfirmen wollen den Kurs und die Richtung der europäischen Unternehmen entscheidend mitbestimmen. Es geht ihnen darum, durch ein eigenes oder ein von ihnen eingesetztes und streng kontrolliertes Management stille Reserven zu heben, die betriebswirtschaftliche Effizienz zu fördern, um dann im richtigen Moment ein saniertes und gesundes Unternehmen mit maximalem Gewinn verkaufen zu können.

Oft werden Eigenkapitalbeteiligungsfirmen als „Heuschrecken“ verunglimpft. Dabei spielen sie in der Regel eher die Rolle einer Gesundheitspolizei. Sie sorgen letztlich dafür, dass knappe Ressourcen nicht verschwendet, sondern besser genutzt werden und dass kranke Unternehmen wieder eine Überlebenschance erhalten.

Die Führungskräfte von ausländischen Eigenkapitalbeteiligungsfirmen werden kaum mehr Verständnis für die lokalen Eigenarten ihrer Belegschaften zeigen. Nationale Mitbestimmungsregeln, Tarifkrtelle und lange eingespielte Seilschaften werden ihnen fremd sein und bleiben. Sie werden nur so weit Rücksicht auf kulturelle, gesellschaftliche oder historische Befindlichkeiten nehmen, wie die Kosten der Rücksichtnahme geringer sind als die Vorteile in Form besser motivierter Mitarbeiter(innen), besserer Reputation, höherer Umsätze oder wohlwollender politischer Behörden.

Was aber ist, wenn sich heimatlose Manager weltweiter Firmenkonglomerate genauso wenig wie gut Verdienende,

Vermögende, Leistungsfähige für das Gemeinwohl verantwortlich fühlen? Wenn schneller Gewinn oder kurzfristige Wahlgeschenke an die Generation von heute wichtiger werden als das Pflanzen von Apfelbäumchen? Was, wenn jüngere Deutsche die schweren ökonomischen Lasten ablehnen, die ihnen von den Älteren ungefragt hinterlassen werden? In der Vergangenheit war es relativ einfach, gesellschaftliche Verantwortung einzufordern. Der Staat konnte mehr oder weniger hoheitlichen Zwang ausüben. Es war schwierig, mit Sack und Pack abzuhaufen oder mit der Firma ins Ausland zu gehen. Heute ist das anders. Weggehen ist billig geworden. Es ist vergleichsweise einfach, die Familie, den Wohnort, die Heimat zu verlassen.

Vor allem hoch qualifizierte Arbeitskräfte und insbesondere das Finanzkapital kreisen im Orbit um die Erde. Sie fragen: „Wohin wollen wir gehen?“. Sie suchen die für sie attraktivste Stadt, nicht notwendigerweise das für sie attraktivste Land. Sie lassen sich dort nieder, wo die Lebensqualität am höchsten ist, und geben dadurch einen Teil ihrer Mobilität auf. Wer oder was sich nur mit relativ hohen Transport- und Transaktionskosten räumlich bewegen lässt, steht vor der entscheidenden Frage: „Was können wir tun, um mobile Fachkräfte oder wertschöpfungsstarke Geschäftsaktivitäten anzuziehen und zu halten, um zusammen möglichst viel für sich selber zu verdienen?“.

Im erfolgreichen Werben der immobilen um die mobilen Produktionsfaktoren liegt eine zukunftsfähige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Damit wird mehr als deutlich, dass Politik zum strategischen Schlüsselfaktor wird: Gute Politik wird im Zeitalter sinkender Kosten der Raumüberwindung nicht weniger bedeutend, sondern – im Gegenteil – wesentlich wichtiger für den Erfolg der Immobilen.

Damit wird auch das Paradoxon aufgeklärt, dass mit der Globalisierung die Bedeutung der Politik zu- und nicht abnimmt.

Das politische System bestimmt nämlich die Möglichkeiten individuellen Handelns. Es bestimmt, was getan werden darf und was gemacht werden muss. Wenn sich Fachkräfte, Firmen und Kapital immer leichter verschieben lassen, dann treten standortspezifische Unterschiede des politisch-rechtlichen Rahmens umso deutlicher hervor. Die Attraktivität eines Landes, einer Region oder einer Stadt im Vergleich zum Ausland hat dann nicht mehr viel mit gottgegebenen Vorteilen zu tun. Sie ist eindeutig „man-made“, also politikbestimmt. Wer das Niveau von anderswo nicht erreicht, wird durch Abwanderung „bestraft“. Wer attraktiv ist, wird durch Zuwanderung „belohnt“.

Die Globalisierung schränkt die Macht ein, wirtschaftliche Aktivitäten mit den territorial begrenzten Rechtsmitteln der Nationalstaaten zu regulieren. Die Globalisierung der Wirtschaft sprengt die Territorialität nationalen Rechts. Nationalstaaten reagieren auf die Globalisierung der Wirtschaft, indem sie nach besseren, den neuen Zeiten angepassten Betriebsgrößen suchen. Sie geben Teile ihrer hoheitlichen Kompetenz nach oben ab. Internationale oder supranationale Organisationen, wie beispielsweise die World Trade Organisation (WTO), oder die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union sind politische Antworten auf die Globalisierung der Wirtschaft. Sind es auch die richtigen Antworten?

Schon im nationalen Zusammenhang gibt es viele, die mit einem starken Staat die Globalisierung zähmen wollen. Man müsse der Globalisierung ein menschliches Gesicht geben. Man müsse mit strengen Regeln dafür sorgen, dass es nicht zu unfairm (Steuer-)Wettbewerb, Lohndumping, Sozialtourismus und einer Schwächung des Sozialstaats komme. Konsequenterweise wird deshalb nun mit dem Ruf nach einem Supranationalstaat auf die schleichende Erosion der nationalstaatlichen Macht reagiert. Mit weltweit verbindlich vorgeschriebenen Steuergesetzen, Arbeitsvorschriften, Umwelt- oder Sozialstan-

dards soll die Globalisierung an die Kette gelegt werden. Verschmutztes Wasser, saubere Luft, der Schutz der Tropenwälder, der Erhalt von Lebensräumen seltener Tiere, Kinderarbeit oder lange Arbeitszeiten werden als Vorwand genutzt, um sich „zu Sprechern für die armen Länder“ zu machen, wie es einer der weltweit führenden Ökonomen, der aus Indien stammende Jagdish Bhagwati, formuliert. „In Wahrheit sind das jedoch gar nicht die Ansichten der armen Länder, die hier vorgetragen werden – es sind unsere eigenen.“ Es wird zur Ironie der Geschichte, dass heute mit dem Argument des unfairen Wettbewerbs der Westen den Aufstieg neuer Konkurrenten bremst. Lange Zeit war das Argument gerade andersherum verwendet worden. Da hatten die armen Länder über die Marktmacht, den unfairen Wettbewerb, die Ausbeutung und die Verdrängung der reichen Länder geklagt.

Es ist die große Illusion und falsche Hoffnung, die neue Welt würde auf den starken Staat des alten Europas warten. Die Menschen außerhalb Europas wollen und lassen sich nicht mehr in den engen Käfig kleiner nationaler Märkte zurücksperren, aus dem sie sich gerade eben befreit haben. Sie wollen teilhaben an den Früchten der internationalen Arbeitsteilung. Sie wollen die Regeln der Globalisierung mitgestalten.

„Manche Leute sagen, wir müssten eine Pause einlegen und über die Globalisierung diskutieren. Wir könnten genauso gut darüber diskutieren, ob denn der Herbst auf den Sommer folgen soll“, rief der britische Premierminister Tony Blair in seiner Rede auf dem Parteitag seiner Labour Party im September 2005 zu.

Die Globalisierung wird weitergehen, und zwar eher beschleunigt als gebremst. Sie wird unser Leben eher mehr als weniger bestimmen. Sie wird weitere und neue Bereiche vor allem bei den Dienstleistungen mit einbeziehen wie das Bildungswesen, das Gesundheitswesen oder die Versicherungswirtschaft.

Entscheidend wird nicht sein, ob die Globalisierung immer rascher immer weitere Kreise ziehen und das Tempo des Strukturwandels noch einmal zunehmen wird. Entscheidend wird sein, ob wir uns bereits im Sommer auf den Herbst und vor allem auf den Winter vorbereiten, ob wir Vorkehrungen treffen, Voraussetzungen schaffen, um auch kältere Tage sorglos und mit viel Spaß und Freude zu erleben und nicht nur mit letzter Kraft und Reserve zu überleben.

Andere, auch kleinere Länder haben es uns vorgemacht, wie es geht. Man kann auch als westliche Gesellschaft gegen die neue Konkurrenz aus aller Welt standhalten. Australien und Neuseeland als unmittelbare Nachbarn zu Südostasien gedeihen prächtig. In USA und Großbritannien findet sich wenig vom kontinentaleuropäischen Pessimismus und Attentismus. In Skandinavien sind die Menschen glücklich und zufrieden wie eh und je. In Osteuropa genießt die Bevölkerung die neu gewonnene Freiheit. Was ist das Rezept erfolgreicher Gesellschaften? Was müsste getan werden, damit Deutschland die Zukunft gewinnen kann? Viele Faktoren mögen eine Rolle spielen. Entscheidend aber dürfte sein, dass erfolgreiche Länder eine Vision, eine große Erzählung oder ein gemeinsames Ziel haben. Das gilt übrigens gerade ganz besonders auch für die Aufsteiger und neuen Konkurrenten des alten

Europas. Sie alle haben ein Gesellschaftsmodell, das von einer breiten Bevölkerung mitgetragen wird.

Was heißt das für Deutschland? Es bedeutet, dass Deutschland ein allgemein akzeptiertes Gesellschaftsmodell jenseits von Markt und Staat benötigt. Es braucht ein gesellschaftliches Bindemittel jenseits wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und juristischer Gesetze. Es geht nicht darum, was gesetzlich erlaubt oder ökonomisch möglich ist, sondern darum, was gesellschaftlich akzeptiert wird.

Es geht um informelle Normen, die weder aufgeschrieben noch ständig ausgesprochen werden: Wann, wenn überhaupt, darf die Wäsche draußen getrocknet werden? Wann siezt man sich, und wann geht man zum Du über? Es geht darum, wie Nachbarn miteinander reden, handeln, helfen und streiten. Es geht um Vertrauen, Gemeinsinn und Gemeinwohl. Ja, es geht letztlich um die Frage, was Deutsche dazu bringt, sich einander etwas näher zu fühlen als der übrigen Welt.

Je mehr Menschen sich an gemeinsame Normen halten, desto reibungsloser funktioniert die Ökonomie. Vertrauen erleichtert die Zusammenarbeit und das Zusammenleben. Man kennt sich. Künftige Handlungen sind berechenbar. Es muss nicht jedes Mal viel Aufwand betrieben

werden, um zuverlässige Erwartungen über das Verhalten in bestimmten Situationen zu erhalten. Vielmehr kann auf Erfahrungen aus der Vergangenheit aufgebaut werden. Wir helfen Nachbarn, weil sie auch uns helfen werden. Die „So wie du mir, so ich dir“-Strategie bewährt sich auch und gerade im Alltag. Je freiwilliger ein Mensch etwas tut, für das er oder sie weder durch staatlichen Zwang verpflichtet noch ökonomisch direkt entschädigt wird, desto größer der Nutzen für die Gemeinschaft.

In Skandinavien, in angelsächsischen Ländern, aber auch in den kleineren kontinentaleuropäischen Staaten vor allem im Osten Europas haben die Menschen begriffen, dass nationale Schutzwälle der Globalisierung nicht standhalten können. Dass es klüger ist, weniger die Bedrohung als vielmehr die Chancen der Globalisierung zu thematisieren. So wie es Tony Blair gefordert hat: „Die Chancen gehen nur an diejenigen, die vorn dabei sind, wenn es darum geht, sich anzupassen. Und die hinten stehen, wenn es darum geht, sich zu beklagen. Die offen sind und bereit, sich zu wandeln“. Es wäre gut, wenn nicht nur die Briten, sondern auch die Deutschen die Botschaft der Globalisierung richtig verstehen würden.

Dieser Beitrag wurde am 16. Mai 2006 im Handelsblatt, Nr. 94, Seite 30, veröffentlicht.